

**Bericht
über die Delegationsreise
des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre
Hilfe nach Kambodscha und Indonesien, 25. Oktober – 3.
November 2008**

Inhaltsverzeichnis:

I Teilnehmer/-innen

II. Zusammenfassung der Ergebnisse

III. Einzelgespräche / Termine

IV. Round Tables

Anlage I - Programm

I Teilnehmer/-innen

Abg. Christoph Strässer
Abg. Eduard Lintner
Abg. Angelika Graf
Abg. Florian Toncar
RD Rainer Büscher (Stellv. Leiter des Ausschussesekretariats)

II Zusammenfassung

Die Gründe der Reise der Delegation des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe nach Kambodscha und Indonesien lagen zum einen in dem Wunsch, Informationen über die Lage der Menschenrechte in beiden Ländern zu sammeln und vor Ort mit politischen Entscheidungsträgern und Vertretern der Zivilgesellschaft Möglichkeiten zu erörtern, inwiefern zu einer Verbesserung der Situation beigetragen werden kann. Zum anderen ging es darum, das südostasiatische Integrationsmodell der zehn Mitgliedsländer der Regionalorganisation „Association of South East Asian Nations“ (ASEAN) insbesondere unter dem Aspekt der Zusammenarbeit im Menschenrechtsbereich zu studieren.

Die Delegation konnte sich während des Aufenthalts ein umfangreiches Bild von der Situation in Kambodscha und Indonesien machen, das mitunter von Gemeinsamkeiten, aber auch von großen Unterschieden geprägt ist. Beiden Ländern ist es Ende der neunziger Jahre gelungen, einen Schlussstrich unter jahrzehntelange Diktaturen zu ziehen. Während in Kambodscha im Jahr 1998 die letzten gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Roten Khmer ein Ende fanden, überwand Indonesien im selben Jahr die Diktatur von General Suharto.

Kambodscha bemüht sich derzeit mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, die Verbrechen der Roten Khmer aufzuarbeiten. Ausdruck dieser Bemühungen ist das hybride Tribunal zur Aufarbeitung der Verbrechen der Roten Khmer (ECCC), das Anfang 2009 die Gerichtsprozesse gegen fünf ehemals hochrangige Anführer der „Khmer Rouge“ eröffnen will. Auf der einen Seite ist damit die Hoffnung verbunden, dass die Prozesse Signalwirkungen haben und die Kultur der Straflosigkeit beenden. Auf der anderen Seite wird befürchtet, dass durch die Verfahren alte Auseinandersetzungen wieder aufleben und somit der erst kürzlich errungene gesellschaftliche Friede gefährdet wird. Entscheidend für die Akzeptanz des Tribunals wird sein, ob es gelingt, die Verfahren gemäß rechtsstaatlicher Prinzipien zu gestalten.

Die Gespräche mit Regierungs- und Parlamentsvertretern haben ergeben, dass die Politik des Landes sehr stark von der regierenden Partei CPP geprägt ist. Durch die Parlamentswahlen im Juli 2008 wurde die Opposition weiter geschwächt und ist vom parlamentarischen Prozess und der Arbeit der Ausschüsse weitgehend ausgeschlossen. Die Rechtsstaatlichkeit leidet unter einer weit verbreiteten Korruption und einer starken Dominanz der herrschenden Klasse. Ausdruck dessen sind gravierende Fälle von Landvertreibungen einer mitunter stark verarmten

Bevölkerung, die aus wirtschaftlichen Gründen aus Ihren Häusern weichen muss und wenig bis keine Möglichkeiten hat, sich zur Wehr zu setzen. Mit Unterstützung von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, darunter auch deutschen Gesellschaften, wird sich derzeit um die Schaffung eines verlässlichen Katastersystems bemüht.

Des Weiteren erfuhr die Delegation von Einschränkungen der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie der Meinungsfreiheit. Einschränkungen sind insbesondere dann zu beobachten, wenn Kritik an der Regierung geübt wird oder wirtschaftliche Interessen gefährdet sind.

Die Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit hat auch für Indonesien eine große Bedeutung. Generelle Amnestieregelungen für unter General Suharto begangene Verbrechen wie die Ermordung von rund 500.000 Anhängern der kommunistischen Partei im Jahr 1965 wurden vom Verfassungsgericht abgelehnt. Positiv gestaltet sich die Aufarbeitung der gewaltsamen Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeit von Ost-Timor. Als Lackmustest für den Zustand des Rechtsstaates wird das derzeit laufende Verfahren zur Aufklärung des Mordes an dem Menschenrechtsaktivisten Said Thalib Munir angesehen.

Unabhängigkeits- und Separationsbewegungen stellen das Land vor große Herausforderungen und machen die Machtverteilung zwischen der Zentralregierung und den Regionen zu einer entscheidenden Frage. Auf der einen Seite wird von der Zentralregierung erwartet, dass sie in der Lage ist, zwischen Konfliktparteien zu vermitteln. Auf der anderen Seite erwarten die Provinzen die Schaffung weitreichender Autonomieregelungen zu ihren Gunsten. Mit internationaler Unterstützung und Autonomievereinbarungen ist es gelungen, den Konflikt um Aceh weitgehend zu entschärfen. Der Entschluss der lokalen Behörden, die Scharia-Gesetze verbindlich zu machen, stößt auf Widerstand der Bevölkerung und wird nicht konsequent umgesetzt. Problematisch gestaltet sich der Umgang der Zentralregierung mit der Provinz Papua, in der sich wichtige Bodenschätze befinden und dessen Bevölkerung und insbesondere indigene Völker sich benachteiligt fühlen.

Des Weiteren ist das Land bemüht, einen westlich orientierten Liberalismus beizubehalten und das Verhältnis der Religionen zueinander tolerant zu gestalten. Dabei geht es unter anderem darum, der Furcht vor einer Radikalisierung entgegen zu treten. Die bevorstehende Exekution der Attentäter von Bali und die daraus resultierende Angst vor gewaltsamen Reaktionen von radikalen islamischen Kräften verdeutlichen zum Zeitpunkt des Besuchs der Delegation diesen Zusammenhang. Auch das am 30. Oktober 2008 durch das Parlament verabschiedete Anti-Pornografiegesetz wurde als Versuch gewertet, konservative islamische Kräfte einzubinden. Die Funktion eines Schiedsrichters zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften in dieser Angelegenheit hat das Verfassungsgericht. Es wird davon ausgegangen, dass sich das Gericht in Kürze mit dem Anti-Pornografiegesetz befassen wird.

Ein Besuch des Generalsekretariats der Regionalorganisation ASEAN in Jakarta haben die Bemühungen der Länder der Region um eine vertiefte Integration nach dem Vorbild der EU deutlich gemacht. Allerdings wurde auf die deutlich heterogenere Mitgliedschaft von ASEAN verwiesen. Dies wird insbesondere bei den Erwartungen

an den in der ASEAN-Charta vorgesehenen Menschenrechtsmechanismus deutlich. Während Indonesien auf der verbindlichen Verankerung eines Beschwerdemechanismus besteht, lehnen andere ASEAN-Mitgliedsländer diesen gänzlich ab.

Abschließend bleibt zu erwähnen, dass die Delegation sowohl in Kambodscha als auch in Indonesien auf großes Interesse von Regierungsvertretern, Parlamentariern und Vertretern der Zivilgesellschaft stieß. Mit tatkräftiger Unterstützung der deutschen Botschaften in Pnom Penh und Jarkarta ist es daher in der Kürze der Zeit gelungen, eine Vielzahl an Gesprächen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen zu führen und das umfangreiche Spektrum der Menschenrechtspolitik zu beleuchten. Den Mitarbeitern der Botschaften und den Dolmetschern gebührt daher unser herzlicher Dank.

III Einzelgespräche / Termine

Kambodscha

Gespräch mit dem Präsidenten der Nationalversammlung, Heng Samrin

Der Präsident der kambodschanischen Nationalversammlung, Heng Samrin, betonte die Bedeutung der Kooperation Deutschlands und Kambodschas in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Tourismus. Deutschland leiste seit 1992 mit einer umfangreichen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit einen wichtigen Unterstützungsbeitrag. Lobend erwähnte er zudem die deutsche Unterstützung für die Arbeit des ECCC, des hybriden Gerichtshofs für die Aufarbeitung der Verbrechen der Roten Khmer. Er verwies auf die jüngsten Parlamentswahlen vom Juli 2008, die friedlich und demokratisch abgelaufen seien. Dies habe auch die internationale Staatengemeinschaft bestätigt.

Der deutsche Botschafter in Kambodscha, Frank Mann, sah viel Arbeit auf das kambodschanische Parlament in der neuen Legislaturperiode zukommen. So warte die internationale Staatengemeinschaft seit zehn Jahren auf die Verabschiedung des Antikorruptionsgesetzes. Zudem sei wichtig, dass das Parlament Gesetze zur Regelung von Adoptionen und von Ehen kambodschanischer Staatsbürger mit Ausländern verabschiede. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit komme es vor allem darauf an, die Armut zu bekämpfen. Dies werde durch die internationale Finanzkrise erschwert. Samrin entgegnete, das Adoptionsgesetz müsse gründlich vorbereitet werden, so dass es auch umgesetzt werden könne. Dies brauche seine Zeit. Für die Entwicklungszusammenarbeit sei das wichtigste Ziel, den Menschen in den ländlichen Räumen zu helfen.

Gespräch mit den Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses der Nationalversammlung

Die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses, Khuon Sudary berichtete, der Ausschuss nenne sich nach einer internen Durchnummerierung „Ausschuss Nr. 1“ und sei gleichzeitig eine Beschwerdeannahmestelle. Alle sieben Mitglieder seien von der regierenden „Cambodian People’s Party (CPP)“. Die Opposition nehme die zwei

ihr zustehenden Sitze nicht wahr. Ihrer Einschätzung nach habe Kambodscha eine grausame Zeit überstanden und befinde sich nun auf einem guten Weg. Aufgabe ihres Ausschusses sei es, Gesetze unter Berücksichtigung aller Ethnien, kulturellen Unterschiede und Religionen auf den Weg zu bringen. Die Regierung unterstütze die Arbeit des Ausschusses und sei kooperativ. Die Beschwerdeannahmestelle des Ausschusses beschäftige sich pro Jahr mit rund 300 bis 400 Fällen. Weitere Anlaufstellen für Beschwerden gäbe es im Königspalast, im Senat und in den Regionen. Bei 60 bis 70 Prozent der Fälle seien Landvertreibungen der Anlass. Auf Anfrage erklärte die Vorsitzende, der Ausschuss könne keine Entscheidungen über den Umgang mit berechtigten Beschwerden treffen, sondern lediglich Empfehlungen abgeben. Häufig gehe es aber darum, ob und wie die Opfer von Landvertreibungen entschädigt werden.

Die Abgeordneten luden die Mitglieder des kambodschanischen Menschenrechtsausschusses dazu ein, die Delegation am nächsten Tag zum Umsiedlungsprojekt Andong zu begleiten.

Gespräch mit Vertretern des kambodschanischen Senats

Men Maly, Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des Senats, betonte, die wichtigste Aufgabe des Ausschusses sei die Annahme und die Behandlung von Beschwerden. Dabei gehe es häufig um die Themen Landvertreibung, Menschenhandel und Gewalt in der Familie. Die Ausschussmitglieder bemühten sich, bei Konflikten vermittelnd einzugreifen. Konflikte gäbe es mitunter mit NGOs, die im Menschenrechtsbereich tätig seien. Auf Anfrage erklärte die Vorsitzende, 47 der 61 Mitglieder des Senats seien von der CPP. Aufgrund dieser Mehrheitsverhältnisse seien keine Abgeordneten der Opposition im Ausschuss vertreten.

Besuch des Umsiedlungsprojektes Andong bei Pnom Penh

Die Delegation besuchte das Umsiedlungsprojekt Andong, etwa 20 Kilometer außerhalb Pnom Penhs, um sich ein Bild von den zunehmenden Zwangsumsiedlungsmaßnahmen zu machen. Im Juni 2006 wurden etwa 3.000 Personen von Sambok Chab in der Hauptstadt Kambodschas nach Andong unter Gewaltanwendung und ohne Vorankündigung umgesiedelt. Die Betroffenen leben seitdem ohne Strom- und Wasserversorgung unter unzumutbaren Umständen. Zudem haben die Bewohner ihre Einkommensquellen verloren, da die Anfahrt zu den ehemaligen Arbeitsstätten zu weit. Eine Entschädigung ist den Betroffenen bisher nicht gezahlt worden. Ein Gespräch mit einem Arzt hat deutlich gemacht, dass die Folgen der in Andong herrschenden Zustände und der unzureichenden medizinischen Versorgung Fälle von Dengue-Fieber mit Todesfolge, Unterernährung und Diarrhoe sind.

Die örtlichen Behörden haben die Zwangsumsiedlung angeordnet, um Raum für Investoren im teurer werdenden Innenstadtbereich Pnom Penhs zu schaffen. Nach kambodschanischem Recht hätten die meisten der Betroffenen nicht umgesiedelt werden dürfen, da sie bereits länger als fünf Jahre in Sambok Chab gelebt und somit einen Rechtsanspruch auf das Land entwickelt haben. Zudem hat Kambodscha die VN-Konvention zu Wirtschaftlichen-, Sozialen- und Kulturellen Rechten (WSK)

ratifiziert, die Landvertreibung verbietet. Die Betroffenen in Andong müssen damit rechnen, erneut umgesiedelt zu werden, wenn das Land teurer und für Investoren interessant wird. Ein Rechtsanspruch auf das von ihnen bewohnte Land wurde den Bewohnern nicht gegeben. Schätzungen zufolge sind etwa 150.000 Menschen in Kambodscha davon bedroht, zwangsumgesiedelt zu werden.

Gespräch mit Om Yen Tieng, Vorsitzender des Nationalen Menschenrechtskomitees

Der Vorsitzende des Nationalen Menschenrechtskomitees, **Om Yen Tieng**, erklärte, die Einhaltung der Menschenrechte habe oberste Priorität in seinem Land. Die Geldgeber der Entwicklungszusammenarbeit achteten sehr darauf, dass es auf diesem Gebiet Fortschritte gäbe. Eine wichtige Aufgabe seines Komitees sei die Menschenrechtserziehung. Negativ äußerte sich Om Yen Tieng zu zahlreichen Nichtregierungsorganisationen im Menschenrechtsbereich, die Geld aus dem Ausland erhielten und jede Kooperation mit der Regierung ablehnten. In der Realität seien die NROen aber auf die Zusammenarbeit mit der Regierung angewiesen.

Om Yen Tieng lehnte es ab, auf Fragen der Abgeordneten zu Landvertreibung, Rechtsstaatlichkeit, Ausbildung der Justiz und Polizei und zur Zukunft des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Kambodscha einzugehen.

Gespräch mit Christophe Peschoux, Vertreter der VN-Kommissarin für Menschenrechte

Christophe Peschoux, Vertreter der VN-Menschenrechtskommissarin in Kambodscha, erläuterte, sein Mandat sei seit 1992 regelmäßig von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verlängert worden.

Seiner Auffassung nach könne die Entwicklung in Kambodscha mit keinem anderen Land verglichen werden, sondern nur mit sich selbst. Verglichen mit der Lage vor 20 Jahren habe das Land einen sehr weiten Weg zurückgelegt. Bis 1998 habe „the law of the gun“ das gesellschaftliche Leben geprägt. Mittlerweile sei man in eine Konsolidierungsphase eingetreten, die von „rule of the dollar“ und einer damit verbundenen, weitreichenden Korruption verbunden sei. Von „rule of law“ und einem funktionierenden Rechtsstaat sei man noch weit entfernt. Der Gesetzgeber habe zum Beispiel mit der Verabschiedung eines Presse- sowie eines Gesetzes zum Schutz der Vereins- und Verbandsarbeit viel getan; dennoch gäbe es bei der Umsetzung im täglichen Leben erhebliche Defizite.

Zur Lage der Meinungs- und Pressefreiheit erklärte Peschoux, diese werde im Wesentlichen gewährleistet, solange die herrschende Macht nicht in Frage gestellt werde. Die Gewalttaten gegen Journalisten hätten abgenommen. Dagegen sei die Versammlungsfreiheit in den letzten zwei Jahren praktisch nicht mehr existent gewesen. Unlängst seien zwei Gewerkschaftsmitglieder ermordet worden.

Besuch beim Tribunal zur Aufarbeitung der Verbrechen der Roten Khmer

Der Verwaltungsleiter des ECCC, **Sean Visoth**, berichtete, das Tribunal habe etwa 300 Mitarbeiter, von denen 200 national seien. Das jährliche Budget belaufe sich auf 25 Millionen US\$. 10 Prozent dieser Kosten trage die Regierung Kambodschas. Das Gericht bemühe sich, die Öffentlichkeit in die Arbeit zu involvieren. So sei der Verhandlungssaal so angelegt, dass 500 Personen Platz finden würden. Bisher hätten sich 25.000 Besucher das Tribunal angesehen. Rund 90 Prozent der Bürger Kambodschas seien dafür, die wichtigsten Führer der Roten Khmer zu verurteilen. Derzeit befänden sich fünf Personen in Untersuchungshaft. Duch, der ehemalige Leiter des Gefängnisses S-21 in Pnom Penh, sei wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt worden. Derzeit könne davon ausgegangen werden, dass die Gerichtsverhandlungen in den ersten Monaten des Jahres 2009 begännen. Mit dem Tribunal werde die Hoffnung verbunden, dass Millionen von Opfern der Roten Khmer Gerechtigkeit erfahren. Gleichzeitig dürften aber der neu gewonnene Frieden und die Stabilität nicht gefährdet werden. Visoth nutzte die Gelegenheit, sich für die Unterstützung der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) für den ECCC zu bedanken.

Der stellv. Leiter der „United Nations Assistance to the Khmer Rouge Trials“ (UNAKRT) des Hybrid-Gerichts ECCC, **Knut Rosandhaug** (Norwegen), vertrat die Einschätzung, dass das Tribunal derzeit eine wichtige Rolle für das öffentliche Leben in Kambodscha spiele und die Öffentlichkeit großen Anteil daran nehme. UNAKRT habe die Aufgabe, den Ablauf rechtstaatlicher Prozesse zu unterstützen. Die Zusammenarbeit der internationalen Seite mit der nationalen Regierung Kambodschas gestalte sich problematisch, da diese versuche, in die Arbeit des Tribunals einzugreifen. Das Tribunal und die Verfahren gegen die derzeit fünf Angeklagten stünden erst am Anfang. Die Staatsanwaltschaft arbeite hinter verschlossenen Türen und lasse sich nicht in die Karten schauen. Gleichzeitig habe die Regierung Kambodschas bereits signalisiert, dass sie keine weiteren Verfahren zulassen werde. Laut Rosandhaug ist eine öffentliche Debatte über den Umgang mit den Verbrechen der roten Khmer vonnöten.

Ein großes Problem sei die gravierende Korruption, die die Arbeit des Hybrid-Gerichts belaste. So müssten die kambodschanischen Mitarbeiter des Gerichts Schutzgelder zahlen, um ihre Arbeit ausüben zu können. Zudem hätten die Vereinten Nationen gegen den Verwaltungsleiter des ECCC, Sean Visoth, ermittelt und seien zu dem Schluss gekommen, dass sich dieser der Korruption schuldig gemacht habe. Seiner Ansicht nach müssten sich die VN aus dem Tribunal zurückziehen, falls die nationale Regierung es weiter ablehne, den Korruptionsvorwürfen nachzugehen. Bisher leugne die Regierung die Existenz des Problems konsequent. Die VN verlören ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie ein von Korruption geprägtes Tribunal unterstützten.

Besuch der Gefängnisanstalt Prey Sar bei Pnom Penh, Gespräch mit Chath Sineang, Leiter der Anstalt

Der Leiter des Gefängnisses Prey Sar bei Pnom Penh, **Chath Sineang**, berichtete, in dem ursprünglich für 400 Insassen geplanten Gefängnis säßen momentan rund 650 Häftlinge. 78 davon seien Ausländer. Anlass für die Inhaftierungen sei Menschenhandel in 90 Fällen, Mord oder Totschlag in 50 und Drogenhandel in 26

Fällen. Weitere Inhaftierungsgründe wurden nicht genannt. Das Gefängnis arbeite eng mit Ärzte ohne Grenzen und UNICEF zusammen, um eine Gesundheitsversorgung für die Häftlinge sicherzustellen. Die Infrastruktur des Gefängnisses sei schlecht, so gäbe es keine Strom- und keine Grundwasserversorgung. Zudem sei die Enge für die Häftlinge in den wenigen Räumen unerträglich. Zentrales Problem sei ein Mangel an Transportmitteln, um Häftlinge zu Gerichtsterminen oder ins Krankenhaus zu bringen. Chath Sineang bat die Delegation daher um Unterstützung.

Arbeitsessen mit dem Vorsitzenden der Oppositionspartei Sam Rainsy

Sam Rainsy, Vorsitzender der gleichnamigen Oppositionspartei, schilderte eine Situation im Parlament, in der seine Partei durch technische und organisatorische Hürden weitgehend von der Parlamentsarbeit ausgeschlossen sei. Eine verarmte und unter dem Landraub leidende Bevölkerung könne aber zu einem Sturz der derzeitigen Regierung führen. Er überreichte der Delegation ein Memorandum, in dem einige Möglichkeiten zur Unterstützung der Opposition in Kambodscha genannt werden. Dazu zählen die Beförderung der strukturellen Akzeptanz der Existenz einer Opposition, die Durchsetzung der Dezentralisierung und die Verbesserung des Informationszugangs.

Indonesien

Gespräch mit der Direktorin für Menschenrechte im indonesischen Außenministerium, Wiwiek Setiawati

Wiwiek Setiawati, die Direktorin für Menschenrechte im indonesischen Außenministerium, nannte die Erarbeitung des dritten Aktionsplans zur Stärkung der Menschenrechte in Indonesien als eine ihrer derzeit wichtigsten Aufgaben. Es gäbe insgesamt 440 regionale Komitees, die in den Regionen für die Umsetzung des Aktionsplans zuständig seien. Derzeit werde daran gearbeitet, Beschwerdemechanismen auf der regionalen Ebene einzuführen. Die Umsetzung in den Regionen habe große Bedeutung, da es 1.100 verschiedene ethnische Gruppierungen gäbe, die 80 Prozent der Beschwerden einreichten. Wiederum 40 Prozent davon beträfen Papua.

Weiter erklärte sie, ihre Abteilung sei derzeit außerdem mit einer Reform des Strafrechts, der Umsetzung von Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen und der Aufarbeitung der unter Suharto begangenen Verbrechen beschäftigt. Die Umsetzung der Konventionen und die Aufarbeitung hingen vor allem von einer Erweiterung der Kapazitäten ab. Indonesien plane zudem, das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs im Jahr 2009 zu ratifizieren. Für denselben Zeitpunkt sei auch die Ratifizierung des Zusatzprotokolls OPCAT zur VN-Antifolterkonvention geplant. Der in OPCAT vorgesehene Monitoring-Mechanismus sei angesichts der dortigen Auseinandersetzungen für Papua interessant.

Zum in der ASEAN-Charta vorgesehenen Menschenrechtsmechanismus erklärte Setiawati, Indonesien setze sich mit Nachdruck für die Einführung eines

Beschwerdemechanismus ein, auf den man nicht verzichten wolle. Einige ASEAN-Mitglieder hätten in dieser Frage allerdings eine andere Haltung.

Auf Nachfrage teilte Setiawati ihre Ablehnung der Todesstrafe mit. Der Umgang mit dieser Frage sei eine der Schwächen des Landes. So sei vorgesehen, die Drahtzieher der Bombenanschläge auf Bali vom Oktober 2002 in Kürze hinzurichten. Das Strafrecht müsse geändert werden, um die Todesstrafe abzuschaffen. Es sei aber unklar, ob und wann das gelingen könne. Die Attentäter von Bali wurden am 8. November 2008 exekutiert.

Gespräch mit Harkristuti Harkrisnowo, Abteilungsleiterin für Menschenrechte und Umsetzung des nationalen Aktionsplans im Ministerium für Recht und Menschenrechte

Harkristuti Harkrisnowo verwies auf zahlreiche Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte, die Indonesien in den letzten zehn Jahren erlebt habe. Das Land zähle nun zu den demokratischsten Ländern der Erde. Es sei gelungen, die Macht von der Zentralregierung auf die Regionen zu verlagern. Die Zivilgesellschaft sei sehr lebhaft, so dass die meisten Aktivisten aus diesem Bereich kämen. Seit dem Jahr 2000 existiere ein Ad hoc-Gericht, das sich mit den in der Vergangenheit begangenen Verbrechen beschäftige.

Auf Nachfrage räumte sie ein, dass Ombudspersonen lediglich Empfehlungen bei festgestellten Menschenrechtsverletzungen abgeben könnten. Sie hoffe, dass die Empfehlungen künftig verbindlich würden. Zur Todesstrafe erklärte sie, das Recht auf Leben sei bereits in der Verfassung verankert. Das Verfassungsgericht habe aber geurteilt, dass die Todesstrafe nicht gegen die Verfassung verstoße.

Gespräche im National-Parlament (DPR)

Beim Besuch bei Vize-Präsident **Muhaimin Iskandar** des indonesischen Parlamentes DPR betonten beide Seiten die Bedeutung einer guten Zusammenarbeit der Parlamente. Iskandar dankte für die Unterstützung Deutschlands auch vor 1998. Der Vize-Präsident und die Delegation tauschten sich über die Arbeitsweisen der beiden Parlamente aus.

Im Gespräch mit Vertretern des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und des Rechtsausschusses des indonesischen Parlaments erläuterten die Abgeordneten des DPR das am selben Tag verabschiedete Anti-Pornografiegesetz. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, **Theo Sambuaga**, vertrat die Auffassung, dass sich die Auseinandersetzung unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit auch nach der parlamentarischen Verabschiedung des Gesetzes fortsetzen werde.

Gespräch mit Mitgliedern der Nationalen Menschenrechtskommission (Komnas Ham)

Der Vorsitzende der Nationalen Menschenrechtskommission Komnas Ham, **Ikdhal Kasim**, berichtete, seine Kommission sei 1999 gegründet worden. Aufgabe der Komnas Ham sei, die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen, zwischen Streitparteien zu vermitteln und über die nationale und internationale Gesetzeslage in diesem Bereich aufzuklären. Das Institut sei unabhängig und werde aus dem allgemeinen Staatshaushalt finanziert. Elf in der Kommission vertretende Kommissare würden vom Parlament gewählt. Komnas Ham unternehme eigenständige Untersuchungen zu Fällen von Menschenrechtsverletzungen und gäbe Handlungsempfehlungen an Regierung und Parlament ab. Zum Beispiel habe es kürzlich Berichte von exzessiver Polizeigewalt in einzelnen Regionen des Landes gegeben. Die Menschenrechtskommission habe hierzu klar Stellung bezogen und Untersuchungen eingeleitet. Bei der Erarbeitung der Staatenberichte werde eng mit der Regierung und der Zivilgesellschaft zusammengearbeitet. Auch gäbe sie eigene Stellungnahmen wie unlängst zur Universal Periodic Review ab. Kasim interessierte sich für eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte, dessen Aufgaben ähnlich gelagert seien.

Gespräch mit dem Vorsitzenden des Verfassungsgerichts, Mohammad Mahfud

Der neue Vorsitzende des indonesischen Verfassungsgerichts, **Mohammad Mahfud**, äußerte die Einschätzung, das Gericht spiele eine wichtige Rolle im politischen System des Landes. Seit seiner Gründung vor fünf Jahren habe es 79 Urteile gefällt, die allesamt finale und endgültige Wirkung hätten. Vergleichbar mit dem deutschen Bundesverfassungsgesetz würden mitunter Fristen gesetzt, bis zu der Gesetzesänderungen erfolgen müssten. Nach Überzeugung des Vorsitzenden werde sich das Gericht in Kürze mit dem am Vortag vom Parlament verabschiedeten Antipornografie-Gesetz befassen. Zur Todesstrafe verwies er auf das von der Verfassung garantierte Recht auf Leben. Solange aber anders lautende Gesetze existierten, könne sie verhängt werden. Die Klagen der drei zum Tode verurteilten Attentäter der Bombenanschläge auf Bali gegen die Hinrichtungsmethode durch Erschießen habe das Gericht vor Kurzem abgelehnt und somit die Art der Hinrichtung nicht als Folter angesehen. In einem weiteren Urteil habe das Gericht eine landesweite Einführung der Scharia abgelehnt. Die Möglichkeit einer regional begrenzten Einführung hänge von der jeweiligen regionalen Autonomiegesetzgebung ab.

Gespräch mit Dhannan Sunoto, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im ASEAN-Sekretariat

Dhannan Sunoto, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im ASEAN-Sekretariat, hoffte auf ein Inkrafttreten der ASEAN-Charta zum 15. Dezember 2008, also vor dem nächsten Gipfeltreffen. Mittlerweile hätten alle zehn Mitglieder die Charta ratifiziert. Damit werde ASEAN zu einer Organisation, die sich bei ihrer Arbeit auf klare Regelungen berufen könne, da sie Rechtspersönlichkeit erhalte. Zudem würden die Staatschefs nun zweimal im Jahr zu Gipfeltreffen zusammen kommen. Von Vorteil für die öffentliche Vermittelbarkeit sei die Kürze der Charta, die sich auf rund 20

Seiten beschränke. Zur in der Charta vorgesehenen Einführung eines Gremiums zum Schutz der Menschenrechte erklärte er, derzeit erarbeite eine hochrangige Arbeitsgruppe den Entwurf für eine Satzung. Ziel sei es, eine kollektive Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte zu schaffen. Letztlich müssten die wesentlichen Anstrengungen in diesem Bereich aber auf der nationalen Ebene unternommen werden, da das Prinzip der Nichteinmischung bestehen bleibe. ASEAN versuche die Mitgliedsländer zur Ratifizierung und Umsetzung der VN-Menschenrechtskonventionen zu bewegen. Aufgabe des neuen Menschenrechtsorgans werde es auch sein, die Möglichkeiten für die Erarbeitung einer ASEAN-Menschenrechtskonvention vergleichbar mit der Europäischen Menschenrechtskonvention zu prüfen. Insgesamt inspiriere die europäische Integration die Mitglieder, die eigene Kooperation voranzutreiben. Das Sekretariat erhalte viel hilfreiche Unterstützung aus Brüssel und von den Nationalstaaten. Ein weiteres, wesentliches Ziel sei es, bis zum Jahr 2015 einen gemeinsamen Binnenmarkt zu schaffen. Derzeit sei es aber noch unklar, ob gemeinsame Außenzölle vereinbart werden könnten. ASEAN habe im Vergleich zur EU den Nachteil, dass die Mitgliedschaft sehr heterogen sei. Dies werde insbesondere auch bei der Herangehensweise an Menschenrechtsfragen deutlich.

Auf Nachfrage erklärte Sunoto, die humanitäre Hilfe sei ein wichtiges Betätigungsfeld der Organisation. Dies sei zuletzt im Mai 2008 nach dem Zyklon Nargis in Myanmar deutlich geworden. Als Entscheidungsmechanismus hätten die Mitglieder zwar die Formel „ASEAN Minus X“ vereinbart, eine Integration mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten komme aber derzeit nicht in Frage.

Arbeitsessen mit Sidney Jones, International Crisis Group

Sidney Jones von der International Crisis Group vertrat die Auffassung, Indonesien sei der Umgang mit dem Terrorismus gut gelungen. Dies sei bedeutsam, da die Politik in diesem Bereich von der Furcht vor einer Radikalisierung der muslimischen Mehrheit geprägt sei. Sie glaube nicht, dass nach der in Kürze geplanten Exekution der Bali-Bomber mit Racheakten zu rechnen sei, da die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung erleichtert über den Abschluss der Gerichtsprozesse sei. Interessant sei in diesem Zusammenhang, dass in Indonesien kein Zusammenhang zwischen Armut und Radikalisierung zu beobachten sei. Bedrohlicher sei eher eine an Zulauf gewinnende politische Partei, die sich für die Schaffung eines Kalifats einsetze. Sidney Jones bemerkte grundsätzlich, das Land zeichne sich durch eine positive Einstellung gegenüber dem Westen und insbesondere Deutschland aus. Die EU solle zur nächsten Parlamentswahl im April 2009 Wahlbeobachter zu entsenden.

Zur Situation in der Provinz Aceh erklärte sie, die Mehrheit lehne sich gegen die Regeln der Scharia auf. Daher finde der Vollzug der Scharia-Gesetze nur in einem geringen Umfang statt. Der Trend zu Dezentralisierung habe somit die Konflikte entschärfte. Das Gleiche gelte für Papua, wo infolge der Machtverlagerung auf die Region die örtlichen Behörden für zunehmende Probleme verantwortlich gemacht würden. Die Unabhängigkeitsbewegungen hätten ihren Ursprung in dem Gefühl der Einwohner Acehs und Papuas, Bürger zweiter Klasse zu sein. Der staatliche Schutz von Minderheiten sei nicht ausreichend und ein Gleichheitsgrundrecht werde nicht gewährleistet. Weitere Separationsbewegungen gäbe es in den Molukken und Zentralsulawesi.

Gespräch mit Suciwati Munir, Witwe des ermordeten Menschenrechtsaktivisten Said Thalib Munir

Nach Auffassung von **Suciwati Munir** ist der Prozess um die Ermordung Ihres Mannes Said Thalib Munir eine „historische Prüfung“ für Indonesien. Derzeit befinde sich das Verfahren auf einem guten Weg, der aber noch sehr weit sei. Es laufe das Vorverfahren gegen den damaligen stellvertretenden Leiter des Geheimdienstes, Muchdi. Nach Meinung von Suciwati Munir müsse aber auch der damalige Leiter des Geheimdienstes, Hendropriyono, angeklagt werden. Problematisch sei, dass weder die Staatsanwaltschaft noch die Polizei vollständig mit der Anklage kooperierten. So nähmen Zeugen mitunter ihre Aussagen zurück oder verweigerten die Aussage, da sie unter Druck gesetzt würden. Es gäbe zwar ein Zeugenschutzprogramm. Dieses sei aber mangels Unterstützung der Polizei nicht wirkungsvoll.

Die Delegation sagte unter Berufung auf eine Entschließung des Europäischen Parlaments ihre Unterstützung für einen rechtmäßigen Verlauf des Verfahrens zu.

Gespräch mit der Jemaat Ahmadiyah Indonesia (JAI)

Der Generalsekretär der muslimischen Ahmadiyah-Sekte berichtete, die Situation seit dem gemeinsamen Erlass des Religions- und Innenministeriums habe sich deutlich verbessert. Das Problem sei die Umsetzung des Erlasses, der von den Polizeibehörden mitunter als Verbot der Ahmadiyah-Sekte verstanden werde. Dies sei aber keineswegs der Fall. Mit der Unterstützung der Regierung und von Nichtregierungsorganisationen habe sich die Sicherheitslage deutlich entspannt, nachdem zuvor Moscheen und Häuser von JAI zerstört wurden und es bei Gewaltanwendungen zwei Todesopfer gegeben habe. Erforderlich seien allerdings weitere Präventivmaßnahmen der Regierung, auch wenn deren Kapazitäten begrenzt seien. Interesse an einer internationalen Unterstützung wurde nicht geäußert, da dies als Einmischung in innere Angelegenheiten verstanden werden könne und unter Umständen kontraproduktiv sei.

IV Round Tables

Kambodscha

Mittagessen mit Vertretern der GTZ, DED, CIM und KfW

Nach einhelliger Einschätzung der Mitarbeiter von deutschen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit hat sich Kambodscha seit 1998, dem Ende des Regimes der Roten Khmer, positiv entwickelt. Man dürfe nicht vergessen, dass während der Zeit der Roten Khmer praktisch alle Menschen mit einer akademischen Ausbildung ermordet wurden und der Aufbau eines demokratischen Staatswesens unter entsprechend schwierigen Voraussetzungen stattfinde. Die letzte Parlamentswahl vom Juli 2008 sei ein positiver Schritt gewesen, auch wenn viele Defizite weiterhin vorhanden seien. Viele junge Menschen seien allerdings bereit, eine demokratische Entwicklung zu unterstützen. Der kambodschanische Staat

nehme seine international eingegangenen Verpflichtungen sehr ernst und setze die VN-Menschenrechtskonventionen zügig in nationales Recht um. Dennoch hapere es vielerorts am Vollzug bestehender Gesetze zum Schutz der Menschenrechte. Prioritäten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit lägen in der Gesundheitsförderung und in der Entwicklung des ländlichen Raumes. Etwa 23 Prozent der Bevölkerung seien unterernährt, so dass es großen Handlungsbedarf gäbe. Zudem werde eine Verwaltungsreform in Richtung Dezentralisierung unterstützend vorangetrieben.

Zum Problem der Landvertreibung wurde das Fehlen eines Katastersystems nach westlichem Vorbild angeführt. Die Roten Khmer hätten vorhandene Dokumente komplett zerstört. Lediglich drei Mitarbeiter der Katasterämter hätten das Regime überlebt. Den Behörden sei es aber bereits gelungen, etwa ein Siebtel der Besitzverhältnisse mit Grundbucheintragungen moderner Prägung zu klären. Steigende Landpreise in den Städten führten dazu, dass vor allem mittellose Menschen von ihren Heimatorten vertrieben und enteignet würden. Da Erfolge über den Rechtsweg in der Regel von finanziellen Möglichkeiten abhingen, könnten sich die Betroffenen nur sehr schlecht wehren.

Zur Perspektive des Tribunals zur Aufarbeitung der Verbrechen der Roten Khmer hieß es, das Gericht werde weitgehend akzeptiert. Die Relevanz insbesondere unter jungen Menschen sei sehr hoch. Wichtig sei die Opferbeteiligung, die in großer Zahl die Arbeit des Tribunals begleiteten.

Gespräch mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen (Anhoc, CHRAC, KID, CLEC etc.) in Kambodscha und einer Journalistin der Phnom Penh Post

Die Vertreter der Nichtregierungsorganisationen identifizierten die Landvertreibung als eines der wesentlichen Probleme in Kambodscha. Einzelne Personen seien finanziellen Interessen schutzlos ausgeliefert, da es praktisch keine Rechtsstaatlichkeit gäbe. Der Ministerpräsident habe sich persönlich gegen Landvertreibung ausgesprochen, toleriere aber Enteignungen im Interesse von Militärs, Industriellen und Verwandten.

Das Tribunal zur Aufarbeitung der Verbrechen der Roten Khmer wurde begrüßt. Es beende eine Kultur der Straflosigkeit und signalisiere den heutigen Machthabern, dass begangene Verbrechen in der Zukunft bestraft würden.

Als weiteres, zunehmendes Problem wurde der Kinderhandel genannt. Die Kinder armer Eltern seien besonders gefährdet, so zum Beispiel von illegalen Immigranten.

Indonesien

Round Table mit Vertretern von NGOs zur Menschenrechtssituation in Indonesien

Die rund 20 Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (u.a. Imparsial, KontraS, PBHI) berichteten über das Bekenntnis der indonesischen Regierung zu international anerkannten Menschenrechten, das im täglichen Leben aber häufig keinen Widerhall finde. Zum Beispiel würden die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit nicht

garantiert, obwohl das Land die entsprechenden Konventionen der ILO ratifiziert habe. Ein grundlegendes Problem sei eine Kultur der Straflosigkeit, die weiterhin Bestand habe. Dies betreffe sowohl die unter Suharto begangenen Menschenrechtsverletzungen als auch die Geschehnisse nach dessen Sturz im Jahr 1998. Zum Lackmustest für die Zeit nach Etablierung der Demokratie werde daher der Prozess gegen die mutmaßlichen Mörder des Menschenrechtsaktivisten Said Thalib Munir. Eine positives Beispiel sei der Bericht der Truth and Friendship Commission zu East Timor vom März 2008, dessen klare Empfehlungen zu einem Versöhnungsprozess beitragen würden.

Des Weiteren wurden die Rolle des Militärs, Dezentralisierung, der Umgang mit Minderheiten und Indigenen sowie die Rechte von Frauen und Kindern thematisiert. Das Militär müsse sich aus Politik und Wirtschaft heraushalten und sich der parlamentarischen Kontrolle unterwerfen. Dies sei bisher nicht verwirklicht worden. Die Konflikte im Zusammenhang mit separatistischen Bewegungen spielten den Militärs in die Hände, da diese somit an Bedeutung gewinnen. Die Machtverlagerung zugunsten der Krisenregionen Aceh und Papua sei bisher nur unzureichend verwirklicht worden. Dennoch sei die Zentralregierung häufig nicht stark genug, um im Konfliktfall zu vermitteln. Die Leidtragenden seien insbesondere indigene Völker, die sich ausgegrenzt fühlten. Im Zusammenhang mit der Geschlechtergleichberechtigung unterstütze die Regierung Bemühungen zur Stärkung der Frauenrechte nicht ausreichend, da sie den muslimischen Einfluss fürchte. In einigen, abgelegenen Regionen werde nach wie vor die Genitalverstümmelung praktiziert.

Anlage I

Programm der Delegationsreise des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe nach Kambodscha und Indonesien vom 25. Oktober bis 2. November 2008

25. Oktober 2008

22.45 Uhr Abflug von Frankfurt

26. Oktober 2008

14.05 Uhr Ankunft in Bangkok

anschl. Briefing durch den Gesandten der deutschen Botschaft in Thailand,
Herr Dr. Banzhaf

19.15 Uhr Ankunft in Phnom Penh

19.30 Uhr Transfer zum Raffles Hotel Le Royal durch die Protokoll-Abteilung der
Nationalversammlung

20.00 Uhr Check in Raffles Hotel Le Royal

20.30 Uhr Briefing durch Botschafter **Frank Mann**
Ort: Raffles Hotel, Private Dining Room)

27. Oktober 2008

08.15 Uhr Abfahrt vom Raffles Hotel Le Royal

08.30 Uhr Gespräch mit dem Präsidenten der Nationalversammlung
H. E. Samdech Akka Moha Ponhea Chakrei Heng Samrin
Ort: Nationalversammlung; Tel. 012 41 31 21 (Hr. Penghua)

09.15 Uhr Gespräch mit Mitgliedern des Menschenrechtskomitees der Nationalversammlung
Ort: Nationalversammlung; Tel. 012 41 31 21 (Hr. Penghua)

10.30 Uhr Gespräch mit Mitgliedern des Menschenrechtskomitees des Senats
Ort: Senat, Vimeanredh Chamkar Morn; Tel. 012 41 31 21 (Hr. Penghua)

11.15 Uhr Transfer zum Nationalen Menschenrechtskomitee

11.30 Uhr Treffen mit **S. E. Herrn Om Yen Tieng**, Senior Minister und Präsident des Nationalen
Menschenrechtskomitees
Ort: Toul Kork, Ostseite der Fernsehantenne; Tel. 012 978 998 (Hr. Try Tray)

12.15 Uhr Transfer zum "Deutsches Haus Phnom Penh"

12.30 Uhr Mittagessen mit Vertretern der GTZ, DED, CIM, KfW
Ort: Deutsches Haus Phnom Penh, Nr. 17, Straße 306; Tel. 023 21 21 80

14.30 Uhr Transfer zum Büro des Hohen Kommissar der VN für Menschenrechte

- 15.00 Uhr Gespräch mit **Hr. Christophe Peschoux**, Repräsentant des Hohen Kommissars der VN für Menschenrechte
Ort: Nr. 10, Straße 302, Phnom Penh; Tel. 023 987 671
- 15.45 Uhr Transfer zur Residenz des deutschen Botschafters
- 16.00 Uhr Gespräch mit Vertretern von kambodschanischen Menschenrechtsorganisationen (CHRAC, ADHOC, CLEC etc.) sowie **Fr. Channyda Chhay**, Journalistin bei der „Phnom Penh Post“
Ort: Residenz des deutschen Botschafters, Nr. 78, Straße 214, Phnom Penh; Tel. 012 818 201
- 17.30 Uhr Transfer zum Raffles Hotel Le Royal
- (19.15 Uhr Ankunft von Eduard Lintner, MdB in Phnom Penh)*
- 19.30 Uhr *Transfer zur Residenz des deutschen Botschafters durch die Protokoll-Abteilung der Nationalversammlung)*
- 19.45 Uhr Abholung der Delegation am Raffles Hotel Le Royal
- 20.00 Uhr Empfang des **Botschafters Frank M. Mann**
Ort: Residenz des deutschen Botschafters, Nr. 78, Straße 214, Phnom Penh; Tel. 012 818 201
- 22.00 Uhr Transfer zum Raffles Hotel Le Royal

28. Oktober 2008

- 08.00 Uhr Abfahrt zur Wiederansiedlung „Andong“
Briefing durch **Manfred Hornung** vom LICADHO auf der Fahrt nach „Andong“
- 09.30 Uhr Weiterfahrt zum „Khmer Rouge Tribunal“
- 10.00 Uhr Besuch des Gerichtshof zur Aufarbeitung der Verbrechen der „Roten Khmer“ (ECCC)
Rundgang mit der ECCC-Sprecherin **Helen Jarvis**
- 11.00 Uhr Termin mit der Sprecherin und Pressechefin des Gerichts, **Fr. Helen Jarvis**
Gespräch mit dem UNAKRT-Koordinator und stellv. Verwaltungsdirektor der internationalen Seite des Gerichts, **Knut Rosandhaug**
Ort: Nationalstraße 4, Kantok Commune, Ang Snoul District, Phnom Penh; Tel. 023 219 814
- 12.00 Uhr Transfer nach Phnom Penh
- 13.00 Uhr Mittagessen mit hochrangigen Vertretern der Oppositionspartei „Sam Rainsy Party“ (**Fr. Mu Sochea**, stellv. Generalsekretärin und Sprecherin der SRP; **Fr. Tioulong Saumura**, Abgeordnete der SRP und Ehefrau von Sam Rainsy; **Hr. Son Chhay**, SRP-Abgeordneter)
Ort: Hotel Intercontinental; Tel. 023 424 888
- 14.30 Uhr Transfer zum Gefängnis „Prey Sar“
- 15.00 Uhr Besuch des Gefängnisses „Prey Sar“
Ort: Prey Sar District, Phnom Penh; Tel. 012 29 29 19 (**S. E. Hr. Mong Kim Heng**)
- 16.15 Uhr Transfer zum „Tuol Sleng“-Museum in Phnom Penh
- 17.00 Uhr Geführte Besichtigung des „Tuol Sleng“-Museums
Ort: Straße 131, Phnom Penh; Tel. 012 66 44 02
- 18.15 Uhr Transfer zum Raffles Hotel Le Royal

- 18.45 Uhr Abfahrt vom Raffles Hotel Le Royal
- 19.30 Uhr Empfang der Nationalversammlung im Sokha Club Hotel
Ort: Sokha Club Hotel, Preah Norodom Blvd.
Kleidung: zwanglos
- 21.30 Uhr Transfer zum Raffles Hotel Le Royal

29. Oktober 2008

- 08.30 Uhr Check-out vom Hotel
Transport zum Flughafen
Ort: VIP angefragt
- 10.15 Uhr Abflug vom Internationalen Flughafen Phnom Penh
- 16.05 Uhr Ankunft am Flughafen Soekarno-Hatta, Jakarta
- anschl. Fahrt zum Hotel Grand Hyatt
- 20.00 Uhr Abendessen mit Vertretern der politischen Stiftungen in Indonesien (FES, KAS, HSS, FNS)

30. Oktober 2008

- 09.30 Uhr Gespräch mit der Direktorin für Menschenrecht, Außenministerium Indonesien, **Frau Wiwiek Setiawati**
- 11.00 Uhr Gespräch mit **Frau Prof. Harkristuti Harkrisnowo**, SH. MA, Abteilungsleiterin Menschenrechte und Umsetzung des nationalen Menschenrechtsplans, Ministerium für Justiz und Menschenrechte
- 12.30 Uhr Mittagessen mit Kirchenvertreter (**Pater Magnis-Suseno**, **Eckhard Zemmrich**, Experte bei der Vereinigung Indonesischer Kirchen (PGI) und **Rev. Dr. Soritua Nababan**, ehem. Präsident des World Council of Churches (WCC) für Bereich Asien
- 14.00 Uhr Höflichkeitsbesuch bei Parlamentspräsident **Herrn Agung Laksono**
- anschl. Gespräch mit Vertretern des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und des Rechtsausschusses des Indonesischen Parlaments – DPR (u. a. **Marzuki Darusman**, **Djoko Susilo**)
- 16.30 Uhr Gespräch mit Vertretern von Komnas HAM
- 20.00 Uhr Abendessen auf Einladung von Botschafter **Frhr. von Maltzahn**

31. Oktober 2008

- 09.30 Uhr Gespräch mit Richtern des indonesischen Verfassungsgerichts
- 11.00 Uhr Gespräch mit Stellv. Generalsekretär von ASEAN, Dhannan Sunoto
- 12.30 Uhr Mittagessen mit **Sidney Jones**, International Crisis Group
- 15.00 Uhr Round Table mit NGO-Vertretern zur Menschenrechtslage in Indonesien (pbhi, pbi, KontraS, imparisial, ELSAM, HRWG)
- 20:00 Uhr Abendessen mit Religionsvertretern

1. November 2008

- 09.30 Uhr Frühstück mit **Suciwati Munir**, Witwe des ermordeten Menschenrechtsaktivisten Said Thalib Munir
- 10.30 Uhr Fahrt nach Bogor, Besuch einer Ahmadiyah-Gemeinde, Gespräch mit Gemeindevertretern
- anschl. Führung durch den Botanischen Garten, Bogor
- 16.00 Uhr Rückkehr nach Jakarta
Transfer ins Hotel
- 19:30 Uhr Empfang im Rahmen des European Higher Education Fairs in der Botschaft (DAAD)

2. November 2008

- Stadtrundfahrt durch Altstadt von Jakarta mit Mittagessen im Café Batavia
- 16.00 Uhr Transfer zum Flughafen
- 20.05 Uhr Abflug nach Frankfurt